

Gemeinderat von Zürich

Zürich, 09. März 2005

Interpellation

von Gregor Bucher (Grüne)

Das Sicherheitskonzept für das Zürcher Rathaus ist völlig ungenügend. Selbst mit den geplanten Massnahmen (z.B. Umbau Saaltüre) werden viele gesetzliche Bestimmungen nach wie vor grob verletzt. Zum Beispiel müssen Versammlungsräume für mehr als 100 Personen zwingend über einen zweiten Treppenabgang verfügen. Aufgrund einer Intervention der kantonalen Feuerpolizei mussten im Primarschulhaus „Im Birch“ etliche Räume der Nutzung entzogen werden. Verschiedene zentrale Räumlichkeiten können dort nicht mehr genutzt werden. Wir erkennen darin eine krasse Ungleichbehandlung und ein willkürliches Vorgehen kantonalen Instanzen. In Bezug auf die Gemeinderatsversammlungen müssen Verantwortlichkeiten diskutiert werden, weshalb ich den Stadtrat bitte, folgende Fragen inklusive Begründung zu beantworten:

GR Nr. 2005/ 90

1. Teilt der Stadtrat die Ansicht des Interpellanten, dass betreffend Sicherheit der Kanton das Rathaus und das Primarschulhaus „Im Birch“ mit unterschiedlichen Ellen misst?
2. Ist er bereit, eine Gleichbehandlung beim Regierungsrat einzufordern, notfalls mittels juristischer Mittel?
3. Ist der Stadtrat der Ansicht, die geltenden Sicherheitsbestimmungen für Gebäude seien richtig, notwendig und würden verhältnismässig angewandt?
4. Sind dem Stadtrat alle Sicherheitsmängel im Rathaus bekannt? Bitte auflisten.
5. Kann der Stadtrat verantworten, dass sich im Rathaus die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderats, das Parlamentspersonal sowie Gäste auf der Tribüne wöchentlich versammeln trotz erheblicher baulicher Sicherheitsmängel?
6. Teilt der Stadtrat die Ansicht des Interpellanten, dass das Rathaus auf der Basis der aktuellen Rechtslage (Brandschutz, Gebäudesicherheit, Schutzwürdigkeit etc.) gar nicht den Normen entsprechend sicher gemacht werden kann?
7. Ist der Stadtrat bereit, einen neuen Standort zu suchen, wo die Gemeinderatssitzungen abgehalten werden können?
8. Will der Stadtrat die Erstellung eines neuen Ratsgebäudes in der Stadt prüfen, idealerweise in Kooperation mit dem Kanton, beispielsweise an Stelle des sogenannten „Globus-Provisoriums“?

